

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Auch die Arbeitslosenversicherung ist in finanzieller Schieflage. Ein JA zur Revision der ALV drängt sich deshalb auf.
Von Nationalrat Peter Spuhler

Seite 6



Die Fehlkonstruktion der EU tritt immer deutlicher zutage. Umso mehr gilt es der Unabhängigkeit der Schweiz Sorge zu tragen und auf unsere Stärken zu zählen.
Von alt Bundesrat Christoph Blocher

Seite 8



Auch bei der Ausschaffungsinitiative ist klar, dass nur das Original wirkt und nicht der unwirksame Scheingegenvorschlag.
Von Nationalrat Lukas Reimann

Seite 11

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 60 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Juli 2010

**Staatsvertrag
Schweiz–USA**
Nationalrat
Toni Brunner

S. 3

**Wie weiter in der
Libyen-Krise?**

S. 5

**BABEL oder
der «Leitfaden zum
geschlechtergerechten
Formulieren»**
Nationalrat
Oskar Freysinger

S. 15



Reklame

**Wir machen
aus Kunden
Winner.**



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

Ja zur Revision der Arbeitslosenversicherung

Die Delegierten der SVP Schweiz haben am 26. Juni 2010 in Delémont mit 240 zu 2 Stimmen die Ja-Parole zur Revision der Arbeitslosenversicherung (ALV) gefasst. Die Delegierten unterstützen diese Revision, da der Gesetzgeber sonst verpflichtet ist, die Lohnabzüge um +0,5 Prozent zu erhöhen. Eine solche Erhöhung würde den wirtschaftlichen Aufschwung in der Schweiz gefährden, da den Arbeitnehmern und Arbeitgebern noch weniger zum Leben und zum Investieren bleiben würde.

Die Revision selber belastet die Lohnabzüge zwar mit +0,2% ebenfalls, aber nicht einmal halb so stark. Ein Ja zur Revision beseitigt zudem einige wichtige Fehlanreize und beschleunigt den Wiedereingliederungsprozess. An den Grundleistungen der ALV wird hingegen nicht gerüttelt. Die 4. ALV-Revision ist ein erster wichtiger Schritt zur Sicherung und Sanierung der Arbeitslosenversicherung.

Fehl- anreize

STOPPEN

..... Expl.	SVP-Fussball	Fr. 25.–
..... Expl.	SVP-Sitzungsmappe	Fr. 49.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte SVP	Fr. 50.–
..... Expl.	SVP-Bonbons Blechdose	Fr. 5.–
..... Expl.	SVP-Feuerzeug	Fr. 5.–
..... Expl.	Rucksack (Aktion) robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 10.–
..... Expl.	Pin Schweizerkreuz	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin SVP-Logo	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin «SVP Gold»	Fr. 7.–
..... Expl.	Post-it, Block à 50 Blatt	Fr. 2.–
..... Expl.	Offiziersmesser, Original-Victorinox	Fr. 20.–
..... Expl.	Kleber, Bogen à 27 Kleber	Fr. 5.–
..... Expl.	Jass ☐ französisch ☐ deutsch	Fr. 3.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr. 2.50
..... Expl.	Neujahrsveranstaltung in Aarberg, DVD	Fr. 18.–

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum

SVP-Klartext

Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin:
Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise:
12 x / Jahr

Inserate:
Kevin Grangier

Adresse:
Generalsekretariat SVP
Postfach 8252
3001 Bern
Telefon 031 300 58 58
Fax 031 300 58 59
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:
Für Nicht-Parteimitglieder
Fr. 35.– (Parteimitglieder
erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:
Stiftung SVP-Parteizeitung
UBS Bern-Länggasse
PC 30-35-9

Druck:
Zofinger Tagblatt AG
ZT Print
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Telefon 062 745 93 93
Fax 062 745 93 49
www.ztonline.ch

Adressänderungen:
per E-Mail an
klartext@svp.ch

Bilder Seite 12 und 13:
© Dany Schär 2010,
www.dany-schaer.ch

1. Augustfeier Rüti

Festredner Dr. Christoph Blocher



Ort: Reithalle Rüti
Abendessen: im Reiterstübli 17.00 - 19.00 Uhr (nur mit Voranmeldung)
Feier: ab 19.00 Uhr (Ankunft Christoph Blocher ca. 19.45 Uhr)
Höhenfeuer: beim Eindunkeln
Unterhaltung: Musikverein Helvetia, Alphornbläser, Unterhaltungsmusik, Kinderumzug, Barbetrieb, Höhenfeuer

Abendessen: Dreigangmenü à CHF 32.00
garantierter Sitzplatz für die 1. Augustfeier im vorderen Bereich
Anmeldung unter: 055 251 41 41, Fax 42 info@sutermartin.ch

Anmeldetalon für Abendessen

Name:
Strasse: Telefon:
Ort: Anzahl Personen:
E-Mail:

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Ebnat-Kappel SG

Staatsvertrag Schweiz–USA

Die Emotionen rund um den Staatsvertrag Schweiz–USA in Sachen UBS gingen hoch und die Medien geisselten die SVP wegen ihrer Positionierung. Gewiss, für die SVP war es ein schwieriger Entscheid. Aber machen wir uns nichts vor. Politik ist kein Wunschkonzert, sondern der Weg des Machbaren. Und auf uns eingeprügelt hätte man so oder so.

Für die SVP ging es in Sachen Staatsvertrag um Schadensbegrenzung, und die Enthaltung im Parlament war letztlich eine logische Konsequenz.

Wieso hat die SVP diesem Staatsvertrag zum Durchbruch verholfen, ohne ihm selber zuzustimmen? Ganz einfach. Die Alternative wäre gewesen, dass der Staatsvertrag im Parlament mit Hilfe der Linken und mit Konzessionen an die Linken eine Mehrheit gefunden hätte. Der Bundesrat und die Mitteparteien waren auf dem besten Weg, auf sämtliche Erpressungen der SP einzutreten. In dieser Situation musste sich die SVP bewegen, um noch Schlimmeres zu verhindern. So konnten wir unsägliche neue Unternehmenssteuern abwehren und wenigstens erwirken, dass der Bundesrat künftig nie mehr

solche völkerrechtlich verbindlichen Verträge im Alleingang abschliessen kann.

Volkswahl des Bundesrates dringender denn je

Das Verhalten unserer Landesregierung in Sachen Staatsvertrag Schweiz–USA, aber auch in der Libyen-Krise, zeigt eindrücklich die Wichtigkeit der Volkswahl des Bundesrates. Der Bundesrat muss sich wieder bewusst werden, wem er eigentlich verpflichtet ist. Der Neutralität und Sicherheit unseres Landes oder seinem eigenen Ansehen. Der Unabhängigkeit und Souveränität der Schweiz oder seinen eigenen Interessen. Die Volkswahl unserer Regierung stellt alleine die Landesinteressen in den Mittelpunkt. Dies, weil jeder Bundesrat sich alle vier Jahre vor dem Volk zu behaupten hätte.

Immerwährende bewaffnete Neutralität

Die Neutralität und die damit verbundene Milizarmee, deren Auftrag die Landesverteidigung ist, drohen verloren zu gehen. Die aktuelle Diskussion rund um Libyen zeigt, dass



der Bundesrat mit seinen Planspielen für eine abenteuerlich anmutende Geiselfreiung in Libyen die Sicherheit von Land und Leuten leichtfertig aufs Spiel setzt. Ein solcher Einsatz wäre ein kriegerischer Akt in einem Drittland und würde in der Folge Krieg und Terror mit ungeahnten Folgen in unser Land bringen.

Keine Soldaten der Schweiz im Ausland

Deshalb verlangt die SVP, dass die Schweizer Armee keine Elite-Einheiten wie das Aufklärungsdetachment AAD10 führen darf, die zum Zwecke von Auslandseinsätzen ge-

schaffen worden sind. Dieser Fall und der vom Parlament zum Glück in letzter Minute gestoppte Piraten-Einsatz vor Somalia zeigen, dass die Schweiz gänzlich auf Auslandseinsätze der Armee zu verzichten hat. Dann käme sie gar nie in Versuchung, solche neutralitätswidrige Aktionen zu planen.

Wahlen – SVP weiter auf dem Vormarsch

Im Namen der SVP Schweiz gratuliere ich abschliessend der SVP Kanton Glarus und der SVP Kanton Graubünden für ihr gutes Abschneiden bei ihren jeweiligen Wahlen. Im Kanton Glarus ist die SVP mit 17 Sitzen die stärkste Fraktion im Landrat geworden, währenddem FDP, CVP und SP kräftig Wähleranteile eingebüsst haben. Die SVP Kanton Graubünden hat mit Heinz Brand einen sehr engagierten Regierungsratswahlkampf geführt und eine gute Basis für die eidgenössischen Wahlen vom kommenden Jahr gelegt. Das ungewohnte und ungerechte Majorzwahlrecht bei den Grossratswahlen hat leider ein besseres Ergebnis bei den Parlamentswahlen verunmöglicht. Dennoch haben wir die Sitzzahl verdoppelt.

Werbung

GOAL GLOSSAR

simpel

simpel

<lat.> simplex – «einfach»

Wenn die Wählerinnen und Wähler auf der Strasse denken: «Diese Botschaft, dieses Plakat ist einfach und simpel, das könnte auch von mir kommen!», dann haben wir gewonnen. Denn dann versteht jeder die Kampagne. Deshalb entwickeln wir für unsere Kunden simple Botschaften und Visualisierungen. Weil Wahlen und Abstimmungen Mehrheiten benötigen!

Wir freuen uns auf Sie!

Alexander Segert, Geschäftsführer

8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00

info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg



EIN KOMPROMISSLOSES STATEMENT ZU ELEGANZ UND SPORTLICHEM LUXUS

Von der markanten Frontpartie über das gläserne Panoramadach bis zu den sanften Konturen des Heck: Die Neuauflage des Klassikers besticht mit einem selbstbewussten Design und vermittelt im Interieur das luxuriöse Ambiente eines englischen Clubs. Gespart wird nur beim Verbrauch: Während die Karosserie des JAGUAR XJ durch eine innovative Aluminium-Leichtbauweise überzeugt, erfüllen der sportliche Kompressormotor und der hocheffiziente Dieselantrieb bereits die Norm Euro 5. **Erleben Sie die neue Ära einer Design-Ikone. Jetzt beim JAGUAR-Partner in Ihrer Nähe. www.jaguar.ch**

THIS IS THE NEW **JAGUAR**

Wie weiter in der Libyen-Krise?

Die SVP Schweiz hat anlässlich ihrer Pressekonferenz vom 23. Juni 2010 die Libyen-Krise thematisiert und vier klare Massnahmen gefordert. Die Libyen-Krise dauert auch nach der Rückkehr von Max Göldi an und erhält eine neue Wendung. Der Bundesrat zeigte sich während der gesamten Dauer der Geiselnahme unfähig, die Krise zu bewältigen. Einmal mehr zeigt sich, dass die Volkswahl des Bundesrats dringender denn je ist.

Das weitgehende Versagen der Aussenpolitik, devote Bittgänge nach Libyen, ein unkoordiniertes Vorgehen der Departemente, widersprüchliche Informationen und Aussagen der Departementsvorsteher, Amtsgeheimnisverletzungen sowie Ränkespiele im Bundesrat haben die Ereignisse seit dem Beginn der Krise im Juli 2008 geprägt. Das Trauer-

spiel setzt sich nun mit der chaotischen Informationspolitik des Bundesrates über geplante, ausgelöste oder abgebrochene Befreiungsaktionen fort.

Im Zusammenhang mit der Geiselnahme von zwei Schweizer Geschäftsleuten in Libyen ist es zu **massiven Menschen- und Völker-**

rechtsverletzungen durch den libyischen Staat gekommen. Diese Vergehen können nicht einfach hingenommen werden. Im Weiteren hat die Krise gezeigt, **dass die Schengen-Mitgliedschaft der Schweiz nichts bringt.** Die Schengen-Staaten sind der Schweiz bei der legitimen Anwendung der ihr gemäss Schengen zur Verfügung stehenden

Mittel (Visarestriktionen) in den Rücken gefallen. Zudem ist es im Zusammenhang mit der Planung und möglicherweise eingeleiteten Ausführung von Befreiungsaktionen zu **schweren Verstössen gegen das Prinzip der Neutralität gekommen**, welche konsequent aufzuarbeiten und in Zukunft zu verhindern sind.

Aus diesen Gründen fordert die SVP Massnahmen in folgenden Bereichen:

1. Die UNO versteht sich als Hüterin der Menschenrechte, der Sicherheit, des Friedens und der Rechtsstaatlichkeit auf der Welt. Diese Prinzipien wurden von Libyen durch die Geiselnahme massiv verletzt. Der Bundesrat hat bei jeder Gelegenheit betont, dass Recht und Frieden, gerade aus der Optik des Kleinstaates, nur auf der Ebene der UNO international sichergestellt werden können. Diese Versprechungen sind nun einzulösen. **Die Schweiz muss deshalb von der UNO eine Verurteilung von Libyen für die erfolgte Geiselnahme und die damit zusammenhängenden Verstösse gegen die Menschenrechte sowie die Schweizer Souveränität verlangen.** Der Bundesrat wird aufgefordert, bei der UNO umgehend entsprechende Schritte einzuleiten.
2. **Die Schengen-Mechanismen haben im Zusammenhang mit der Geiselnahme versagt.** Die Schweiz hat korrekterweise Visarestriktionen gegen Libyen beschlossen und umgesetzt. Diese Massnahme hat entsprechende Wirkung erzielt. Die übrigen Schengenmitglieder haben die Schweiz daraufhin aus Eigeninteresse gezwungen, die Restriktionen wieder aufzuheben. Sie sind der Schweiz damit in den Rücken gefallen. Der Bundesrat hat dem Druck nachgegeben. So bringt Schengen der Schweiz nichts. Die EU war es zudem, welche empfohlen hat, dass Max Göldi den Schutz der Botschaft als «vertrauensbildende Massnahme» verlässt. Die Leistung der EU in der Krise hat sich letztlich darauf beschränkt, dass hochrangige Vertreter von Mitgliedsländern, nachdem Max Göldi die volle Gefängnisstrafe abgesessen hatte, bei der Ausreise dabei waren und sich gegenseitig auf die Schultern klopfen. **Eine ungeschönte Schengenbilanz ist rasch vorzulegen.** Danach ist über den Verbleib der Schweiz im Schengenraum zu entscheiden.
3. Der mit Libyen im Zusammenhang mit der Ausreise von Max Göldi unterzeichnete **Aktionsplan ist fragwürdig und gefährlich.** Er verpflichtet die Schweiz unter bestimmten Bedingungen zur Zahlung von 1,5 Millionen Franken, was einer Lösegeldzahlung gleichzusetzen ist. Verknüpft wird die Fälligkeit dieser Zahlung mit dem «Erfolg» eines Verfahrens der Genfer Justiz im Zusammenhang mit der Publikation von Polizeibildern. Damit greift der Bund in bedenklicher Weise in ein laufendes Justizverfahren ein und verletzt zudem die föderalistische Kompetenzordnung. Lösegeldzahlungen und Kompetenzüberschreitungen des Bundesrates dürfen nicht wieder vorkommen. **Die SVP wird auf parlamentarischem Weg entsprechende Vorstösse einreichen.**
4. Der Bundesrat widerspricht sich im Zusammenhang mit der erfolgten **Planung und allfälligen Auslösung von Befreiungsaktionen.** Während die Aussenministerin davon spricht, dass solche Massnahmen «geprüft» wurden, redet die Bundespräsidentin von einem bereits erfolgten «Einsatzbefehl» und dessen Widerruf. Ein solcher Einsatz im Ausland **widerspricht in krasser Weise den neutralitätspolitischen Grundsätzen der Schweiz.** Ohne Zustimmung des Staates, in dem der Einsatz stattfindet, käme dies einer Kriegshandlung gleich. Ein durchgeführter Einsatz hätte damit Krieg und Terror in die Schweiz holen können. Umstände, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen in dieser Angelegenheit sind deshalb lückenlos zu klären. Es zeigt sich auch, dass professionelle militärische Einheiten, welche im Ausland eingesetzt werden sollen, ein gefährliches Instrument sind, welches die Neutralität und Integrität der Schweiz gefährdet. Es verleitet die Verantwortlichen an der Spitze des Staates auch dazu, das Instrument im Affekt einzusetzen. **Deshalb ist die Berufsformation Armee-Aufklärungsdetachment 10 (AAD 10) umgehend aufzulösen. Es dürfen keine neuen, militärischen Berufsformationen mit dem Ziel, Auslandeinsätze durchzuführen, gebildet werden.** Im sicherheitspolitischen Bericht und im Armeebericht sind die Auslandeinsätze der Schweizer Armee zu streichen.

Nationalrat Peter Spuhler, Bussnang TG

Ja zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung

Nicht nur IV, EO und AHV sind in finanzielle Schieflage geraten, auch die ALV steckt in der Schuldenfalle, und zwar mit bisher 7 Mrd. Franken, welche jedes Jahr um eine weitere Milliarde ansteigen. Die SVP hat mit den anderen bürgerlichen Parteien ein ausgewogenes Sanierungspaket für die ALV geschnürt und im Parlament schliesslich durchgebracht. Die Linken wollen diese Lösung aber zusammen mit den Gewerkschaften im Rahmen der Volksabstimmung vom 26. September 2010 versenken, damit Arbeitnehmer und Unternehmen mehr als doppelt so hohe Lohnabzüge bezahlen müssen. Das schadet allen. Die Arbeitnehmer haben weniger Geld in der Tasche, obwohl bei den Unternehmen die Lohnkosten steigen und sich ihre Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert. Das gefährdet den wirtschaftlichen Aufschwung. Die SVP muss dies zusammen mit ihren Wählern verhindern.

Ja zur Revision der Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenversicherung (ALV) hat Ende Juni 2010 CHF 7 Mrd. Schulden angehäuft. Dazu kommt jährlich ein strukturelles Defizit von CHF 1 Mrd. (d.h. Schulden, die auflaufen, unabhängig von der Wirtschaftslage). So kann es nicht weitergehen. Mit der ALV steckt ein weiteres Sozialwerk in der Schuldenfalle. Vor weniger als einem Jahr, am 27. September 2009, wurde einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 % zur Sanierung der Invalidenversicherung (IV) zugestimmt. Vor zwei Wochen hat der Bundesrat angekündigt, dass die Erwerbssersatzordnung (EO) für die Mutterschaftsversicherung um 0,2 Lohnprozente erhöht werden muss, weil sich auch hier ein Schuldenberg anhäuft. Löcher sind auch bei den Krankenkassen und der AHV zu stopfen. Die angekündigten Prämien-erhöhungen belaufen sich auf mehr als 10 % und die AHV braucht wegen der gestiegenen Lebenserwartung rund 1 bis 2 zusätzliche Mehrwertsteuerprozente. Kurzum: Alle Sozialwerke sind in Schieflage geraten. Gelingt es uns nicht, diese so rasch als möglich zu sanieren, kollabiert das System – und dies zum Schaden unserer Kinder.

Die Arbeitslosenversicherung – ein wichtiger Stabilisator in der Krise

Der letzte Wirtschaftseinbruch hat gezeigt, wie wichtig die ALV ist. Sie



stabilisiert das gesamte Wirtschaftssystem und gewährleistet, dass der private Konsum nicht einbricht. Das schafft Vertrauen. Dank der ALV kann der Staat auf teure Konjunkturprogramme verzichten, die entweder gar nicht oder zu spät wirken.

Die ALV ist sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Unternehmer ein wichtiges Sozialwerk. Niemand will auf die ALV verzichten; weder heute noch in Zukunft. Alle sollten deshalb ein Interesse daran haben, dass die Finanzierung der ALV auf

gesunden Füßen steht. Die angehäuften Schuld von CHF 7 Mrd., die jährlich um eine weitere Mrd. ansteigt, muss abgebaut werden. Wir können diese nicht einfach unseren Kindern weitergeben. Andernfalls gilt für sie nur noch: Ausser Spesen nichts gewesen.

Ausgeglichene Reform – die Lasten sind verteilt

Die ALV ist in Schieflage geraten, weil bei der letzten Revision eine zu niedrige Sockelarbeitslosigkeit an-

genommen wurde. Das heisst, es wurde mit zu optimistischen Zahlen operiert. Damals glaubte man, dass im Durchschnitt nicht mehr als 100 000 Arbeitslose gemeldet sein würden (Arbeitslosenquote von 2,5 %). Die Erfahrung hat nun aber gezeigt, dass die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bei 125 000 Arbeitslosen liegt, was einer Arbeitslosenquote von 3,3 % entspricht. Aufgrund der zu optimistisch angenommenen Arbeitslosenzahlen funktioniert der Finanzierungsmechanismus nicht. Dieser hätte es erlauben sollen, während der Rezession Schulden anzuhäufen, um sie im Aufschwung wieder abzubauen. Die ALV hat von Beginn weg Schulden angehäuft. Deshalb müssen jetzt:

1. der Finanzierungsmechanismus auf eine Sockelarbeitslosigkeit von 125 000 ausgerichtet werden und
2. die angehäuften Schulden abgebaut werden.

Um diese beiden Ziele zu erreichen, können drei Stellschrauben betätigt werden, es sind diese:

- den Beitragssatz erhöhen
- die Bezugsdauer reduzieren
- die Höhe der Taggelder reduzieren

Die Revision, über die wir am 26. September 2010 abstimmen, setzt an allen drei Stellschrauben an. Folgende Anpassungen sind vorgeschlagen:

Auf der Einnahmenseite:

Revision	Wirkung
Erhöhung des Beitragssatzes von 2 auf 2,2 %	Plus CHF 460 Mio. pro Jahr
Zusätzlich 1 % auf Einkommen zwischen CHF 126 000 und 315 000 (sogenannter Solidaritätsbeitrag)	Plus CHF 160 Mio. pro Jahr
Anpassung des Bundes- und Kantonsbeitrags	Plus CHF 160 Mio. pro Jahr
Zusatzereinnahmen total	CHF 646 Mio. pro Jahr

Weitere Massnahmen:

Weitere Entlastungen im Bereich arbeitsmarktlcher Massnahmen, bei der Anrechnung von Kompensationszahlungen etc.	Jährliche Entlastung: = CHF 310 Mio.
Total Entlastungen (inkl. abnehmender MwSt.-Pflicht)	CHF 622 Mio. pro Jahr

Lasten gerecht verteilt

Die Lasten zur Sanierung der ALV sind gerecht verteilt. Auf der Einnahmenseite werden die Beiträge um 0,2% erhöht und bei den hohen Löhnen zwischen CHF 126 000.– und 315 000.– ein Solidaritätsbeitrag von einem zusätzlichen Lohnprozent erhoben. Gleichzeitig werden auf der Ausgabenseite verschiedene Leistungen gekürzt. Von besonderer Bedeutung sind die Anpassung der Bezugsdauer an die Beitragsdauer oder die Leistungskürzungen bei den Wiedereinsteigern – beispielsweise nach Mutterschaft oder Aus-/Weiterbildung – sowie bei jüngeren Personen. Damit werden die falschen Anreize eliminiert und potenziell Missbrauch wird von Beginn weg ein Riegel ge-

schohen. Zudem kann jüngeren Menschen, die noch keine familiären Verpflichtungen haben, eine gewisse Flexibilität zugemutet werden.

ALV-Leistungen bleiben gut

Insgesamt bleiben die ALV-Leistungen in der Schweiz grosszügig. Dies zeigt ein Vergleich mit Deutschland, den Niederlanden, Dänemark oder Österreich, alles Länder, die bezüglich Sozialleistungen nicht eben knausrig sind.

Es kann also nicht die Rede davon sein, dass die Revision zum Ausverkauf der ALV führt. Dies ist weder im Interesse der Arbeitnehmer noch der Unternehmen. Wir alle wollen eine gesunde ALV, damit diese auch in Zukunft ihre wichtige Funktion als

Auf der Ausgabenseite:

Revision	Bisherige Regelung	Wirkung
Anpassung der Bezugsdauer an Beitragsdauer: 1 Beitragsjahr = 260 Taggelder 1,5 Beitragsjahre = 400 Taggelder 2 und mehr Beitragsjahre = 520 Taggelder bei über 55 J. Bezugsdauer von Personen ohne Beitragszahlungen (Mutterschaft, Ausbildung) = 90 Taggelder	immer 400 Taggelder wie bisher immer 520 Taggelder immer 260 Taggelder	Jährliche Entlastung: = CHF 189 Mio.
Wartezeit für Schul- oder Studienabgänger von 120 Tagen	Bisher Ausnahmen anerkannt	Jährliche Entlastung: = CHF 75 Mio.
Personen unter 25 ohne Familie = 200 Taggelder	Bisher 400 Taggelder	Jährliche Entlastung: = CHF 46 Mio.

Konjunkturstabilisator erfüllen kann. Dazu muss aber:

- die Schuldenwirtschaft gestoppt werden, d. h., die ALV muss finanziell auf gesunden Beinen stehen;
- die ALV auch langfristig finanzierbar bleiben, damit auch unsere Kinder davon profitieren können;
- der kontinuierliche Anstieg der Lohnnebenkosten (Anstieg der Lohnabzüge) gestoppt werden, damit die Schweiz auch langfristig konkurrenzfähig bleibt;
- die Fehlanreize abgebaut werden, d. h., Schlupflöcher, die zu Missbrauch führen, gestoppt und die Arbeitslosen rasch wieder eingegliedert werden.

ner Ablehnung der Revision werden infolge der noch weiter emporgeschraubten Lohnnebenkosten Arbeitsplätze gefährdet und der zaghafte wirtschaftliche Aufschwung im Keime erstickt.

Ein NEIN zur Sanierung der ALV bei der Abstimmung bedeutet:

- Der Bundesrat wird die Lohnabzüge erhöhen (vom geltenden Gesetz vorgeschrieben), voraussichtlich um 0,5 %, d. h., sie steigen mehr als doppelt so stark
- Den Arbeitnehmern bleibt weniger in der Tasche und der Konsum sinkt
- Die Unternehmen verlieren Wettbewerbsfähigkeit, dadurch werden Arbeitsplätze gefährdet

Land	Beitragsdauer	Leistungsdauer	Versicherter Lohn in %	Maximales Taggeld in CHF
Schweiz	12 Monate	18 Monate > 55 J. = 24 Mte.	80/70 % des Lohnes	8400
Deutschland	12 Monate	6–12 Monate > 50 J. = 15–24 Mte.	67/60 % des Lohnes	5427 West 4556 Ost
Dänemark	12 Monate	4 Jahre	90 % bis max. Taggeld	2900
Niederlande	6–38 Monate	= Beitragszeit	75 % bis 2 Monate 70 % danach	4275
Österreich	12 Monate	4,6–9 Monate > 50 J. = 12 Mte.	55 % netto	3300

Was passiert bei einem Nein?

Sagen wir nein zur Revision, muss der Bundesrat aufgrund des geltenden Gesetzes die Lohnabzüge um 0,5 % erhöhen. Das heisst, die Lohnabzüge steigen mehr als doppelt so stark an. Dem Bürger bleibt noch weniger in der Tasche, was sich negativ auf den Konsum auswirkt. Die Unternehmen liefern dem Staat noch mehr ab, was ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter verschlechtert. Bei ei-

Darum **JA** zu einer echten Sanierung der ALV, welche gleichmässig von allen getragen wird. Es ist ein **JA**

- für die Arbeitnehmer
- für ein wichtiges Sozialwerk
- für die Schweizer Wirtschaft
- für den Erhalt von Arbeitsplätzen

alt Bundesrat Christoph Blocher, Herrliberg ZH

Die Unabhängigkeit der Schweiz und die Fehlkonstruktion der EU

Die Zukunftssorgen der Menschen in Europa sind gross. Die meisten EU-Staaten sind pleite oder tief verschuldet und keiner weiss mehr, was er tun soll. Tatsache ist, dass ganze Staaten vor dem Bankrott bewahrt werden müssen, mit Milliarden, die keiner besitzt. Das Vertrauen in den Euro schwindet, sein Wert sinkt.

Stimmungsbild in Europa

75 % aller deutschen Unternehmer denken, dass Griechenland trotz der Finanzspritzen in Konkurs gehen wird. 40 % der Unternehmer glauben, innerhalb von fünf Jahren gäbe es keinen Euro mehr. In ganz Europa blicken viele Bürgerinnen und Bürger halb bewundernd, halb neidisch auf die Schweiz und sagen: «Ihr habt's gut, Ihr seid nicht in der EU. Wir wurden von unseren Politikern in die Irre geführt.»

Die Fehlkonstruktion entlarvt sich

Es zeigt sich nun drastisch, was die SVP seit 20 Jahren mit aller Deutlichkeit klarzumachen versucht: Die EU ist eine über die Köpfe der Bürger hinweg gesponnene, intellektuelle Fehlkonstruktion.

In Brüssel werden **EU-Paragrafen geschrieben**, in Frankreich **gelesen**, in Griechenland **belacht**, in Deutschland **bezahlt**. Und wenn die Schweiz EU-Mitglied wäre, würde sie **brav gehorchen, doppelt bezahlen und sich dafür noch dreimal entschuldigen**.

Die EU-Konstruktion ist nur für die Politiker und Verwaltungseliten von Vorteil. Die Folgen der gewaltigen Umverteilung sind dramatisch. Der Tüchtige finanziert diejenigen, die über ihre Verhältnisse leben und mit Tricksen und Fälschen ihre Verschwendung vertuschen. Das Volk schickt man in Rente oder beschäftigt es als Beamte. 11 von 16 Euro-Staaten halten sich nicht an die ver-



einbaren Haushaltregeln, darunter auch sogenannte starke Länder wie Deutschland und Frankreich. Mit Rettungspaketen wird dieses Verhalten noch gefördert.

Und die Schweiz?

Dass die Schweiz nicht in diesem Schlamassel mit drinsteckt, sondern vergleichsweise gut dasteht, ist nicht den «Weisen» in Politik, Wirtschaft und Medien zu verdanken. Nein, die besondere Stellung der Schweiz verdanken wir allein der besonderen Staatsform der Schweiz, einer Verfassung, die auf der Basis der Souveränität eines unabhängigen, dauernd bewaffneten, neutralen Kleinstaats beruht, der dem Volk, den betroffenen Bürgern – dank der di-

rekten Demokratie – die letzte Entscheidungsmacht überlässt.

Es waren die Stimmbürger, die in der wichtigsten Volksabstimmung des letzten Jahrhunderts – am 6. Dezember 1992 – mit dem Nein zum EWR den Politikern den Eintritt in den Vorhof der EU versperrten. Wir verdanken die bessere Situation also einzig dem Sonderfall Schweiz.

Die europapolitische Bedeutung der SVP

Es ist das Verdienst der SVP, dass sie als einzige Regierungspartei schon damals die Kraft hatte, zur schweizerischen Unabhängigkeit zu stehen. Alles, was Rang und Namen hatte,

war schon damals auf EU-Kurs. Aber Volk und Stände standen auf der Seite der SVP.

Der Bundesrat reichte schon vor der Europa-Abstimmung das EU-Beitritts-gesuch ein (und hält es bis heute nicht für angezeigt, es zurück-zuziehen). Sowohl die SP, die FDP als auch die CVP haben beschlossen, der EU beizutreten. Unentwegt wird seither die Salamatik ver-folgt – bilateraler Weg nennt sich das. Da-gegen vehementen Widerstand zu leisten ist die europapolitische Be-deutung der SVP. Schon bei der Fra-ge eines EWR-Beitritts hiess es, bei einem Nein würde die Schweiz iso-liert und in Armut und Elend versin-ken. Es ist nicht angenehm, sondern mühsam, sich gegen die Politik der

Angstmacherei und der Drohungen zu wehren.

Lehren für die Schweiz

Selbstverständlich ist Schadenfreude und Häme über das gescheiterte Grössenwahnprojekt EU fehl am Platz. Auch die Schweiz mit ihrer weltoffenen Bevölkerung und ihrer starken wirtschaftlichen Verflechtung mit den Nachbarländern ist von der Krise der EU betroffen. Doch die höchsten Staatsgüter wie

- **Souveränität**
- **dauernd bewaffnete Neutralität**
- **freiheitliche demokratische Ordnung**
- **direkte Demokratie**

dürfen keinesfalls preisgegeben werden, sondern müssen als Vorbild erhalten und verteidigt werden.

Triebfeder der EU ist längst nicht mehr die Friedenserhaltung, sondern es ist der ewige Drang nach Grösse und Macht. Doch die Menschen wollen zunehmend das Gegenteil, nämlich Übersichtlichkeit, Geborgenheit, Mitsprache und Selbstbestimmung.

Nationalstaat adieu

Der Nationalstaat bleibt die geeignete Instanz, um die Probleme der Bürger zu lösen. Wie sonst wäre das Bedürfnis der Menschen zur Bildung immer neuer Staaten zu erklären? In den letzten zwanzig Jahren sind weltweit mehr neue Staaten entstanden als in den 100 Jahren zuvor. Berufspolitiker und Politfunktionäre sind nicht böse, aber sie denken wie viele Menschen zuerst an sich selbst, streben nach schönen Posten, guter Bezahlung, fetter Pension, üppigen Spesen, bequemen Büros, einem zuvorkommenden Chauffeur und vielen, vielen Reisen. Kein Wunder, dass sie sich scheuen, die zahlende Bevölkerung über ihren Aufwand mitreden oder sich gar kontrollieren zu lassen. Das wissen auch Schweizer Politiker und Beamte, darum wollen sie diese lästigen Einschränkungen mit einem EU-Beitritt abschütteln.

Immer weniger wollen in die EU

Immer weniger Schweizer wollen in die EU. Und sie wissen genau, warum. Sie wissen, mehr denn je gilt:

Ein EU-Beitritt bringt tiefere Löhne, mehr Arbeitslose, höhere Mieten, noch mehr Steuern und Abgaben. Ein EU-Beitritt heisst, 5 bis 6 Milliarden Franken pro Jahr nach Brüssel zu zahlen. Ein EU-Beitritt heisst Erhöhung der Mehrwertsteuer von heute 7,6 Prozent auf mindestens 15 Prozent. Auf eine vierköpfige Familie macht das gegen 10 000 Franken zusätzliche Steuern. Jedes Jahr!

Und das Schlimmste ist: Die Schweizer verlieren mit dem EU-Beitritt die direkte Demokratie und damit ihre Selbstbestimmung. Ebenso verlieren sie ihre Währung und ihre Neutralität.

Wachsam bleiben

Wir müssen wachsam bleiben: Eine Mehrheit im Bundesrat, in der Verwaltung und auch im Parlament will trotz des offensichtlichen Desasters noch immer in die EU. Weil das für sie mehr Macht, mehr Prestige, mehr Einkommen bedeutet. Und weil so die zahlenden Bürgerinnen und Bürger kaltgestellt werden können. Deshalb werden überall, in vielen Teilbereichen und Nischen, Verhandlungen geführt und Abkommen mit der EU geschlossen. Schweizer Gesetze und Regelungen werden angepasst oder ausgehebelt. Stück für Stück wird so auch die Souveränität untergraben. Das alles geschieht, weil der grösste Teil der gesellschaftlichen Eliten aus eigennützigen Gründen die Schweiz in die EU führen will.

Der Auftrag der SVP

Angesichts des ungebrochenen Dranges vieler Politiker, hochrangiger Beamter und intellektueller Antidemokraten, die Schweiz in die EU zu führen, sind höchste Wachsamkeit und Widerstand nötiger denn je. Die SVP, d.h. wir alle, haben damit einen wichtigen Auftrag:

- **Wir dürfen auf keinen Fall weitere Verträge mit der EU abschliessen, die unsere Handlungsfreiheit weiter einschränken.** Das ständige Sondieren in Brüssel mit dem Ziel, stets neue Verträge mit der EU abzuschliessen, muss aufhören.
- **Die Schweiz muss ihr noch immer in Brüssel liegendes**

Wer in die EU will ...

- **... muss sich verschulden.** Darum stossen sich die EU-Befürworter nicht an der Schuldenlast in Bund, Kantonen und Gemeinden. Am raschesten funktioniert ein EU-Beitritt mit einem Staatsbankrott (Island stellte nach dem Bankrott umgehend ein Beitrittsge such).
- **... muss die Steuern erhöhen.** Dies gilt vor allem für die Mehrwertsteuer, die in der EU auf mindestens 15 % vorgeschrieben ist (20 % sind die Regel!). Die MwSt.-Erhöhung zugunsten der maroden IV ist nur der Anfang.
- **... will die Grenzen abschaffen** bzw. so weit öffnen, wie er kann! Denn ein Land ohne Grenzen ist kein souveräner Staat mehr. Seit der totalen Personenfreizügigkeit mit den 15 «alten» EU-Staaten stellen wir eine Masseneinwanderung fest.
- **... bürgert in Massen ein.** Allein in den letzten zehn Jahren sind fast 500 000 Ausländer zu Schweizern geworden. Eine halbe Million Menschen, die oft kaum mit der Geschichte und Identität unseres Landes vertraut sind, die kaum Verständnis für die schweizerische Freiheit, Unabhängigkeit und die direkte Demokratie haben.
- **... schafft die Demokratie ab.** Das wohl grösste Hindernis auf dem Marsch in die EU ist unsere direkte Demokratie. Nur noch bestimmte Meinungen sollen richtig sein. Andere Meinungsäusserungen – wie z. B. im Fall der Minarett-Initiative – gelten als falsch und sollen korrigiert werden.
- **... darf keine EU-kritischen, eigenständig denkenden und handelnden Personen in der Regierung und Verwaltung dulden.** Je weniger unsere Politiker für unser Land eintreten, desto näher rückt ein EU-Beitritt der Schweiz.

EU-Beitrittsge such endlich zurückziehen.

- **Ein starker Schweizer Franken ist besser als ein schwacher Schweizer Franken.** Für die Erwerbstätigen, für die Sparer, für die Rentner, für alle Bürgerinnen und Bürger. Entsprechende Probleme der Exportwirtschaft sind zwar real, aber lösbar.
- **Jede weitere Staatsverschuldung ist zu vermeiden, denn Staatsverschuldungen schaden auch der privaten Wirtschaft.** Darum muss die Schweiz auf allen Staatsstufen Einnahmen und Ausgaben wieder genau aufeinander abstimmen.
- **Der Bürger und seine Rechte müssen gestärkt werden, nicht der Staat. Steuern, Gebühren und Abgaben sind zu senken.**
- **Die Personenfreizügigkeit mit sofortigem Zugang zu den**

Sozialwerken ist untragbar und muss neu verhandelt werden.

- **Der Schengen-Vertrag muss gekündigt werden,** denn er beeinflusst unsere Sicherheit und unsere Unabhängigkeit in unzumutbarer Weise.
- Angesichts leerer ausländischer Staatskassen steigt der Versuch, die Schweiz mit der Forderung nach Zahlungen, Steuerharmonisierung und Anpassungen ans EU-Recht unter Druck zu setzen. **Die Schweiz hat sich diesem steigenden Druck energisch zu widersetzen.**

Die SVP muss weiter gegen den Anschluss an die EU und an die Eurozone kämpfen. Wenn möglich mit andern Parteien, wenn nötig alleine. Setzen wir uns gemeinsam ein für unsere Bürgerinnen und Bürger, für unsere schöne schweizerische Heimat!

Nationalrat Lukas Reimann, Wil SG

Ausschaffungsinitiative: Nur das Original wirkt

Die mehr als 210 000 Unterschriften, welche innert weniger Monate gesammelt wurden, machen deutlich, dass die SVP-Initiative zur «Ausschaffung krimineller Ausländer» in der Bevölkerung eine enorme Unterstützung geniesst. Die Ausländerkriminalität wird zu einem immer grösseren Sicherheitsrisiko für die Schweiz. Gewaltverbrechen wie Tötungen, Raubüberfälle oder Vergewaltigungen sind in den letzten Jahren stark angestiegen.

Hoher Anteil ausländischer Straftäter

Auffällig ist der hohe Anteil ausländischer Straftäter. Fast die Hälfte aller Verurteilungen betrifft Ausländer, bei schweren Delikten sind es teilweise weit mehr. Von den Gefängnisinsassen sind über 70 % ohne Schweizer Pass, obwohl der Ausländeranteil der Bevölkerung unter 25 % liegt. Viele kriminelle Ausländer lachen über den – im Verhältnis zu ihren Heimatländern – laschen Schweizer Strafvollzug. Wenn sie wüssten, dass ihnen die Ausschaffung droht, hätte dies auf jeden Fall eine präventive Wirkung.

Mehr Sicherheit

Das Volk erwartet griffige Massnahmen. Mit der Ausschaffungsinitiative können wir Ausländer, die in unserem Land schwere Verbrechen begehen, endlich konsequent ausweisen. Wer sich nicht an unsere Gesetze hält, wird ausgeschafft und mit einer Einreisesperre belegt. Die SVP-Initiative formuliert klare Tatbestände, bei deren Erfüllung das Aufenthaltsrecht und sämtliche Rechtsansprüche auf weiteren Aufenthalt erlöschen. Der laschen Rechtsprechung wird mit der Ausschaffungsinitiative ein Riegel geschoben: Es liegt nicht mehr im Ermessen einer Behörde, ob die Ausweisung zu vollziehen ist. Die Verfassung statuiert klipp und klar, dass Ausländer, welche gegen das Gesetz verstossen und kriminelle Taten begangen haben, zwingend auszuweisen sind.

Gegenvorschlag: ein unwirksamer Scheinvorschlag!

Natürlich passt es vielen Politikern der anderen Parteien nicht, dass die SVP

konkrete Massnahmen für mehr Sicherheit und gegen Ausländerkriminalität fordert und so den Nerv der Menschen trifft. Sie fürchten, die SVP könnte nach der Minarettinitiative einen weiteren Grosseinsatz bei einer Volksabstimmung einfahren. Deshalb lehnen sie die Initiative aus formalen Gründen ab und schlagen einen abgeschwächten Gegenvorschlag vor. Dieser Gegenvorschlag ist ein reiner Scheinvorschlag:

Auf die Mindestdauer für den Landesverweis, welchen die Initiative bei fünf Jahren festsetzt, würde im Gegenvorschlag verzichtet. Damit könnten auch rein symbolische und unwirksame Einreiseverbote von einem Jahr beschlossen werden, was die Initiative ja genau verhindern will.

Auch wird eine weitere schwammige Floskel eingefügt, nämlich die «Beachtung der Grundprinzipien des Völkerrechts». Was mit Völkerrecht genau gemeint ist, ist nirgendwo definiert. Bei jeder einzelnen Ausschaffung könnten dann findige Juristen der Lin-

ken mit Verweisen auf das Völkerrecht die Ausschaffung verhindern oder zumindest in die Länge ziehen. Das würde die Verfahren massiv verteuern und Ausschaffungen würden durch Rekurse blockiert. Die Gerichte könnten – wie heute – auszuschaffende Schwerstkriminelle schützen und auf das Völkerrecht verweisen. Im Vergleich zu heute ist das überhaupt keine Verbesserung.

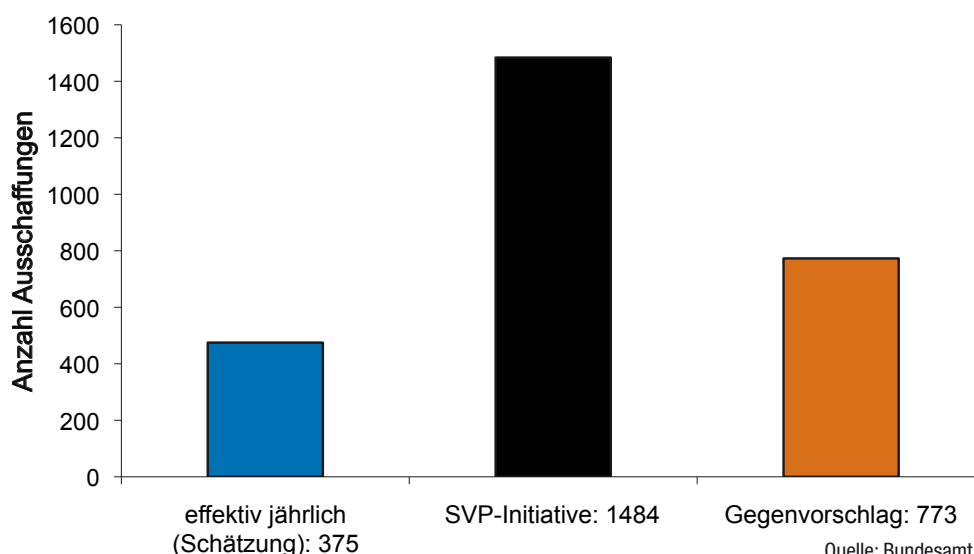
Der Gegenvorschlag verknüpft zudem die Ausschaffungsproblematik mit kostspieligen Integrationsmassnahmen, was die Einheit der Materie verletzt und so eine differenzierte Stimmabgabe verunmöglicht. Zudem ist Integration primär eine Aufgabe der Ausländer. Staatliche Massnahmen dienten in der Vergangenheit allzu oft nur der Durchsetzung teurer und untauglicher linker Forderungen. So musste der Steuerzahler unter dem Titel «Integrationsprogramme» auch schon Tanz- und Malkurse für Ausländerinnen finanzieren.

Nur das Original wirkt

Was schlussendlich zählt, ist nicht die Parteipolitik, sondern griffige Massnahmen, welche die Ausschaffung krimineller Ausländer erleichtern und so ganz konkret mehr Sicherheit schaffen. Dies ist nur mit dem Original, der SVP-Ausschaffungsinitiative, möglich. Sie ist deshalb mit aller Kraft zu unterstützen.

Die Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer hat zum Ziel, der Einhaltung der Gesetze in unserem Land wieder Nachachtung zu verschaffen. Die Initiative trifft nur Ausländer, welche schwere Straftaten begehen, unsere Sozialwerke missbrauchen und so die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden. Querulanten, jugendliche Schläger, Drogenhändler, Vergewaltiger oder andere kriminelle Ausländer haben in der Schweiz nichts verloren. Auch für das Ansehen der gut integrierten Ausländer ist es letztlich ganz entscheidend, dass die «schwarzen Schafe» ausgewiesen werden.

Hochrechnung Anzahl Ausschaffungen anhand der Deliktzahlen 2008





Die Delegiertenversammlung in Delémont - 26.06.2010





Jeder Zentimeter ein Genuss...





Die SVP bewegt.

4. SVP-Grümpelturnier

Samstag, 17. Juli 2010

ab 10 Uhr

Reitplatz, Winterthur-Töss

Grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik und vielem mehr!

Kategorien:

-Plausch Sie & Er (6 Spieler, davon mind. 2 Damen)

-Männer (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler)

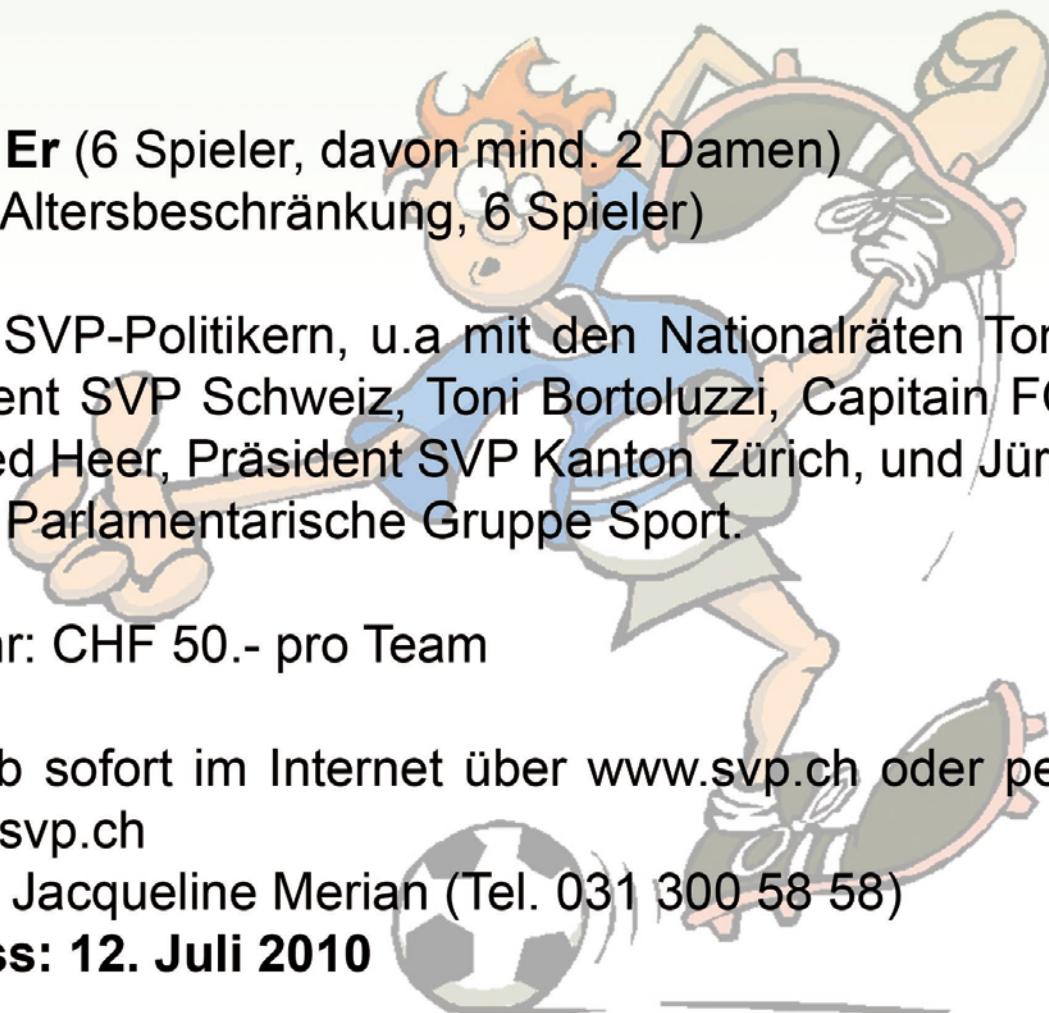
Promi-Spiel mit SVP-Politikern, u.a mit den Nationalräten Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Toni Bortoluzzi, Capitain FC Nationalrat, Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich, und Jürg Stahl, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport.

Teilnahmegebühr: CHF 50.- pro Team

Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per E-Mail merian@svp.ch

Auskünfte erteilt Jacqueline Merian (Tel. 031 300 58 58)

Anmeldeschluss: 12. Juli 2010



Nationalrat Oskar Freysinger, Savièse VS

BABEL oder der «Leitfaden zum geschlechtergerechten Formulieren»

Wenn «das Elter» auf dem Zebra- statt auf dem Fussgängerstreifen von einem Autofahrer mit Fahrausweis statt Führerausweis überfahren wird, dann ist die Welt endlich in Ordnung.

Eine Welt, die in Ordnung ist, nennt sich «geschlechtsneutral». Männlein und Weiblein sollen fortan sächlich miteinander umgehen, damit endlich Gleichberechtigung herrscht. Wie aber geschlechtsneutrale Erotik funktionieren soll, das wird im Berner **«Leitfaden zum geschlechtergerechten Formulieren im Deutschen»** nicht dargelegt. «Das» Mann und «das» Frau sollen womöglich durch Genmanipulation zu Hermaphroditen herangezüchtet werden, damit die Sprachverwirrung in der Geschlechtsverwirrung ihre Bestätigung findet. **Denn «Sprache formt die Realität», bemerkt die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bern, die wohl bei George Orwells «Big Brother» in die Schule gegangen ist. Und sie hat Recht. Die Sprache ist eine Waffe, mit der man in das Bewusstsein der Menschen eindringen kann,** damit sie sich auf «artgerechte» Weise verhalten. Werbung und Politik haben dies schon längst gemerkt und missbrauchen das Prinzip hemmungslos.

Was aber nun droht, geht viel weiter. Statt die Sprache erst nachträglich zu manipulieren, wenn sie in den Köpfen der Menschen schon längst besteht, will man zukünftig den «Input» kontrollieren, damit nur mehr das in die Köpfe einfliesst, was sich politisch korrekt, geschlechtsneutral und weltoffen im Sprachsalat der Gemeinplätze tummelt. **Nur so kann man den neuen Menschen schaffen, der ausschliesslich Gutes tut, weil er das «Schlechte» gar nicht mehr denken kann.** Und da mit der Geschlechtsneutralität der alte Antagonismus zwischen Yin und Yang, Animus und Anima wegfällt, ist eine «Brave New World» unvermeidbar,



eine Art Streichelzoo, in dem den eingesperrten Tieren die Gefangenschaft durch die Verabreichung von Antidepressiva erträglicher gemacht wird. Schöne Aussichten.

Die verschiedenen Massnahmen der neuen Sprachverordnung des Bundes täuschen nicht darüber hinweg, dass es um die Sprachfertigkeit des heutigen Durchschnittsbürgers immer schlechter bestellt ist. Da werden zwar Quoten vorgesehen, um sprachliche Minderheiten unter Heimatschutz zu stellen, da werden sprachliche Förderprogramme angeboten, Übersetzungsdienste aufgestockt, wird sogar die Stelle eines Delegierten für Mehrsprachigkeit geschaffen, aber im Grunde genommen ist das alles Schönfärberei, denn der Wurm bleibt in der Frucht.

Ich unterrichte seit 25 Jahren Sprache und Literatur und muss mit Schrecken feststellen, dass unsere Kinder und Jugendlichen immer grössere Sprachdefizite aufweisen. Statt aber das Problem an der Wurzel anzugehen, kommt man viel zu spät – wenn der Schaden unwiderruflich ist – mit Korrekturmassnahmen, phantasiert von Mehr-

sprachigkeit und besserer Verständigung der Sprachgemeinschaften und täuscht sich darüber hinweg, dass das Abstraktions- und Analysevermögen zurückgeht, weil die Kinder nicht mehr zum Lesen angeregt werden und die korrekte Rechtschreibung im modernen Schulbetrieb ein stiefmütterliches Dasein führt.

Nun mal im Ernst: Wer ist heute noch fähig, einen Vierzeiler mit korrektem Versmass und Reim zu verfassen?

Freie Verse, das schon, Verse die so frei sind, dass sie schon fast als «Pidgin-Deutsch» bezeichnet werden können. Oder SMS-Slang, der vor lauter Kommunikationsfreude einer Geheimsprache gleichkommt.

Der verfügbare Wortschatz ist aber auf ein Minimum reduziert und die geschlechtsneutralen Sprachtüftler bemühen sich auch noch, dieses Minimum so zu gestalten, dass nun wirklich kein kritischer Gedanke mehr den Gehirnen entströmen kann. So hofft man wahrscheinlich, gewissen Oppositionsparteien wie der SVP die Wählerschaft wegzuooperieren. **Es kommt der Tag, an dem man endlich wird sprechen können, ohne überhaupt zu denken, weil die Wörter ein unabhängiges, von Subjektivität und persönlichen Gefühlen losgelöstes Dasein führen.** Das wird dann auch das Ende des letzten Restes von Poesie sein. Das Ende der Zivilisation. Das Ende des Menschen.

Bürokratieabbau dringend:

Zu dem am 1. Januar in Kraft getretenen Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (SpG) folgt nun am 1. Juli 2010 die entsprechende Sprachenverordnung. Sie fordert unter anderem Quoten für die vier Landessprachen in der Bundesverwaltung, Mindestanforderungen bei der Mehrsprachigkeit des Bundespersonals, einen Delegierten für Mehrsprachigkeit sowie eine Aufstockung der Übersetzungsdienste – geschätzte Kostensteigerung: 15 Mio. Franken.

Die in Art. 7 SpG geforderten «geschlechtergerechten Formulierungen» in der Verwaltungssprache werden in einem 192-seitigen Leitfaden beschrieben und wurden von der Stadtberner Regierung aufgenommen. Dieser Sprachirrsinn der Verwaltung führt dazu, dass neu nicht mehr von Mannschaft, sondern nur noch vom «Team» gesprochen wird. Mutter und Vater soll neu «das Elter» heissen, die Fussgängerstreifen sollen beispielsweise ausschliesslich «Zebraastreifen» genannt werden.

Die Parteileitung der SVP Schweiz empfiehlt den Mitgliedern der SVP die Zeitungslektüre mit dem anderen Blickwinkel.

Jede Woche Klartext: Die Weltwoche.



**Exklusiv
für Partei-
Mitglieder**

Profitieren Sie jetzt von diesem einmaligen Testangebot:

☐ Ja, ich möchte die Weltwoche 6 Monate lang für nur Fr. 65.– statt Fr. 123.– lesen.

RM 001 M00001272

Vorname

Name

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Coupon ausfüllen und einsenden an: Die Weltwoche, Abo-Service, Postfach, 8021 Zürich. Gerne nehmen wir Ihre Abonnementsbestellung auch über Telefon 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 oder www.weltwoche.ch/parteiabo entgegen. Angebot gültig bis 31.8.2010 für Neuabonnenten in der Schweiz. Preis inkl. MwSt. Änderungen und Anpassungen bleiben vorbehalten.

DIE WELTWOCH